



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009  
15 Jahre nach dem Fall der Mauer (30. September 2004)

Die Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim untersucht regelmäßig die politische Stimmung in Deutschland. Die Ergebnisse einer Sonderstudie von 2004 zur deutschen Einheit zeigen, dass in der Bevölkerung die Zustimmung zur deutschen Einheit mit 80 Prozent der Befragten sehr hoch ist. Allerdings offenbaren sich beträchtliche Unterschiede zwischen Ost und West in der Bewertung von Einzelfragen, zum Beispiel wer von der Einheit profitiert hat. In dem folgenden Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* wird über die Ergebnisse berichtet.

---

### **Einigkeit mit Recht und Freiheit**

*Die Ostdeutschen müssten sich daran gewöhnen, hinter dem westdeutschen Lebensstandard hinterherzuhinken. Damit erregte Bundespräsident Köhler kürzlich die Gemüter. Um so überraschender kommt die Erkenntnis, dass die Deutschen in West und Ost mit der Einheit immer zufriedener sind – auch wenn es weiter einige Meinungsverschiedenheiten gibt.*

Die Forschungsgruppe Wahlen hat knapp 14 Jahre nach der Einheit ein Politbarometer Extra in Auftrag gegeben. Trotz neuer Ost-West-Diskussionen gibt es an der Richtigkeit der Deutschen Einheit knapp 15 Jahre nach dem Mauerfall nur wenig Zweifel: 83 Prozent aller Bundesbürger sind aus heutiger Sicht der Meinung, dass die Vereinigung beider deutscher Staaten richtig war.

### **Zustimmung zur Einheit wächst**

Insgesamt 15 Prozent – 8 Prozent im Osten, aber schon 17 Prozent im Westen – sagen kurz vor dem Jahrestag der Wiedervereinigung „nicht richtig“.

Im Zeitvergleich sind die Deutschen bei dieser Gesamteinschätzung damit fast wieder auf dem Ausgangsniveau zu Beginn der 90er Jahre angekommen: Bereits zwei Jahre nach der Zusammenführung beider Staaten sprachen 80 Prozent von einer richtigen, 17 Prozent von einer falschen Entscheidung (12/1992).

Seitdem ist die Zustimmung zur Deutschen Einheit in kleinen Schritten gewachsen, ohne dass dabei aber jemals die 90-Prozent-Marke überschritten wurde.

Neben dieser überaus positiven Resonanz fände es heute aber jeder zehnte Bundesbürger (10 Prozent) gut, wenn es wieder zwei deutsche Staaten geben würde, die überwältigende Mehrheit von 88 Prozent ist hier allerdings gegenteiliger Ansicht.

### **Ost-West-Kluft wird kleiner**

Auch wenn in allen Gruppen der Gesellschaft eine neuerliche Teilung klar abgelehnt wird, plädieren überdurchschnittlich viele formal niedrig gebildete Befragte, oder aber Menschen, die sich persönlich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden, für das Modell zweier deutscher Staaten.

Zudem gibt es wieder Ost-West-Differenzen: Während in den neuen Ländern 6 Prozent für eine Wiederherstellung der Zweistaatlichkeit plädieren, sind dies im Gebiet der alten Bundesrepublik 11 Prozent.

Trotz aller vermeintlichen wie offensichtlichen Defizite wird – und das erscheint dieser Tage besonders bemerkenswert – die Kluft zwischen Ost und West in den Augen der Bevölkerung kleiner: Nach 26 Prozent im Jahr fünf der Einheit (12/1995) und 30 Prozent vor der letzten Bundestagswahl (09/2002) bemerken heute schon 40 Prozent der Befragten, dass zwischen beiden Teilen der Republik die Gemeinsamkeiten überwiegen.

56 Prozent erkennen dagegen eher Unterschiede, wobei sich Ost- und Westdeutsche ausgerechnet bei der Frage nach den Differenzen ausgesprochen einig sind.

### **Umstrittene Köhler-Aussage**

Bei einer Bewertung der zukünftigen Entwicklung zeigen sich die Befragten jedoch gespalten: Unter den Bundesbürgern, die heute vorwiegend Ost-West-Unterschiede reklamieren, glaubt etwa die Hälfte, dass dies auch noch in zehn Jahren der Fall sein wird. Die andere Hälfte rechnet zumindest bis dahin mit einem Übergewicht an Gemeinsamkeiten.

Unabhängig davon, was nun wo überwiegt, stützen 68 Prozent der Befragten die Aussage des Bundespräsidenten, wonach man in Deutschland mit unterschiedlichen Lebensverhältnissen dauerhaft leben müsse, 29 Prozent stimmen dem nicht zu.

Allerdings gibt es zum Statement Horst Köhlers in Ost und West abweichende Kommentare: Dass man sich auch langfristig mit unterschiedlichen Bedingungen arrangieren müsse, wollen im Westen 25 Prozent, im Osten aber 46 Prozent nicht gelten lassen.

## **Meinungsverschiedenheiten zum Aufbau Ost**

Beim Thema Löhne und Gehälter ist das anders: Die hier existierenden Unterschiede zwischen beiden Teilen der Republik halten 61 Prozent aller Befragten – 86 Prozent im Osten, aber auch 55 Prozent im Westen – für ungerecht, insgesamt 33 Prozent bezeichnen die Differenzen beim Verdienst als angemessen, wobei im Westen mit 38 Prozent deutlich mehr Befragte als im Osten mit 12 Prozent von „gerechten“ Unterschieden sprechen.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt es auch zum Thema „Aufbau-Ost“: Bei der Bewertung des Fördervolumens bemerken 4 Prozent der Ostdeutschen, aber schon 50 Prozent der Westdeutschen, dass die neuen Bundesländer „zu viel“ finanzielle Unterstützung aus Steuermitteln erhalten.

Insgesamt geht 41 Prozent aller Deutschen die steuerfinanzierte Unterstützung zu weit, 38 Prozent klassifizieren diese als passend, 11 Prozent bemängeln zu geringe Leistungen für den „Aufbau Ost“ und 11 Prozent können dies nicht beurteilen.

## **Fast niemand glaubt, selbst von der Einheit zu profitieren**

Schließlich hängt auch die Bewertung, wer am ehesten von der Einheit profitiert hat, maßgeblich vom Wohnort der Befragten ab – der eigene ist es allerdings in den wenigsten Fällen: Denn während im Westen der Republik mit 47 Prozent fast jeder Zweite die Ostdeutschen als hauptsächliche Nutznießer der Wiedervereinigung benennt, ist dies im Osten selbst mit 15 Prozent nur gut jeder Sechste.

Umgekehrt bezeichnen 35 Prozent der Ostdeutschen die Menschen im Westen der Republik als überwiegende Profiteure, im Westen selbst sehen sich nur 10 Prozent als Gewinner. Allerdings proklamieren im Osten auch 37 Prozent sowie im Westen 20 Prozent der Befragten, dass die Einheit beiden Seiten gleichermaßen genutzt hat, 11 Prozent im Osten und 19 Prozent im Westen sagen „keinem von beiden“.

Aus gesamtdeutscher Perspektive bezeichnen 41 Prozent aller Bundesbürger eher die Ostdeutschen und 15 Prozent eher die Westdeutschen als Profiteure der Vereinigung. 24 Prozent haben den Eindruck, dass der Nutzen auf beiden Seiten gleichermaßen verteilt ist, 18 Prozent aller Deutschen sehen weder hier noch dort Gewinner der Einheit.

Für das Politbarometer-Extra zur Deutschen Einheit hat die Forschungsgruppe Wahlen zwischen dem 21.09 und dem 23.09.2004 republikweit 1683 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte telefonisch befragt. (West: 999; Ost: 684).

Quelle: „Einigkeit mit Recht und Freiheit“, *Süddeutsche Zeitung* (Online-Ausgabe),  
30. September 2004. [<http://www.sueddeutsche.de/politik/599/399383/text/>]